

Beschluss des Landrats vom 11.05.2023

Nr. 2152

6. Verlängerung des Konzessionsvertrags mit der Schweizer Salinen AG 2021/478; Protokoll: mko, gs, pw

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, dass diese Vorlage direkt beraten werde, denn es handle sich nicht um eine Sachvorlage, zu der der Landrat materiell Beschluss fassen müsse, sondern nur um eine Verfahrensfrage – die Rückweisung an den Regierungsrat.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) führt aus, dass der Kanton Basel-Landschaft sich in einer neuen Phase der Diskussion rund um die Salinen und insbesondere den Konzessionsvertrag befinde. Mit dem Konzessionsvertrag möchte der Regierungsrat die Grundlage schaffen, dass im Baselbiet weiterhin Salz abgebaut werden kann. Um das zu gewährleisten, braucht es den Vertrag. In den Verhandlungen haben sich bestimmte Ereignisse überschlagen. Das hat dazu geführt, dass ein Stopp eingelegt wurde und nähere Abklärungen zur Thematik vorgenommen wurden. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen liegen nun vor und sind online einsehbar. Es handelt sich um etwa 1'000 Seiten Gutachten, nebst bestehenden Gutachten. Daraus ersieht man den Zustand und die Diskussion rund um das Gebiet Sulz, Gross-Zinggibrunn und Rütihard.

Um was geht es heute? Um die Abklärungen vornehmen zu können, wurden die Verhandlungen zum Konzessionsvertrag sistiert. Heute liegen die Resultate vor und der Regierungsrat möchte die Sistierung aufheben, um bei den Verhandlungen zum Konzessionsvertrag weiterkommen zu können. Die Verhandlungen wurden immer wieder «überschattet» von der Diskussion über die Rütihard. Dort gibt es zwei Aspekte: Das ist zum einen der politische Widerstand gegen die Salzgewinnung im Bereich Rütihard, und zum anderen ist es der gutachterliche Zustand, die Aussage, dass dort sehr komplexe geologische Verhältnisse gegeben sind, die für eine mögliche künftige Salzgewinnung zu berücksichtigen gilt. Die Rütihard ist heute nach wie vor Bestandteil des Konzessionsgebiets und es wird nun natürlich heftig diskutiert, ob sie es bleiben soll oder nicht, ob dort dereinst Salz gefördert werden können soll – oder nie. Das führt zu unglaublichen Unsicherheiten, einerseits bei den Einwohnerinnen und Einwohnern von Muttenz, andererseits bei den Rheinsalinen als Unternehmen. Irgendwann braucht es Klarheit und einen politischen Entscheid, damit klar ist, wohin die Reise geht. Das ist die heutige Aufgabe. Die heutige Beschlussfassung bietet die Chance, die Sistierung aufzuheben und allen Beteiligten aufzuzeigen, in welche Richtung es weiter gehen soll. Und vor allem muss der Landrat zeigen, wie er mit der Rütihard weiterverfahren möchte. Denn Fakt ist, dass die Rütihard nicht so lange diskutiert werden darf, bis die Frist für die Konzession verpasst ist. Am 1.1.2026 muss ein neuer Konzessionsvertrag unterschrieben sein, sonst bricht die gesamte Versorgung aus Schweizerhalle zusammen – was der Regierungsrat nicht möchte.

Heute ist also ein Tag der Entscheidung. Das Parlament kann sagen, was es will – das Ergebnis wird Bestandteil der definitiven Vorlage zur Konzessionsvereinbarung. Es geht darum, dass mit einem klaren politischen Statement in Muttenz Klarheit geschaffen wird und die Bevölkerung weiss, wo Gott hockt (wie es so schön heisst), und zweitens geht es darum, dass bei den Unternehmen Rechtssicherheit geschaffen wird, damit sie wissen, wie es weitergeht und ob sie sich bei ihrer unternehmerischen Planung auf die Rütihard verlassen können oder nicht.

Es wurden bereits unglaublich viele Gutachten im Bereich Rütihard, Gross-Zinggibrunn und Sulz erstellt. Auch die neusten, umfangreichen Untersuchungen stellen fest, dass in dem Gebiet punkto Salzgewinnung eine ausgesprochen komplexe geologische Lage besteht. Seit der letzten Beratung der Vorlage gab es Teilverbrüche im Sulz, und es wurde festgestellt, dass dort, wie auch teilweise im Gross-Zinggibrunn, übersolt wurde. Dieser Umstand wurde von den Schweizerischen

Rheinsalinen stets klar kommuniziert. Die Frage ist nun aber, wie darauf reagiert werden soll. Die Salinen schlugen ein Moratorium von 20 Jahren vor, was im Parlament nicht so gut angekommen ist, weil hinterfragt wurde, ob sie sich auch tatsächlich daran halten würden. Zum anderen sei gesagt, dass die Rütihard aus Sicht der Salinen ebenfalls sehr unsicher ist, weshalb man dort sehr gerne klare Verhältnisse schaffen würde. Die Diskussion darüber soll heute geführt werden. Der Regierungsrat möchte keine weiteren Verzögerungen und mit der Thematik nun vorwärts machen. Die Vorlage besagt also, dass die Sistierung aufgehoben und die Rütihard aus dem Konzessionsgebiet herausgelöst werden soll, damit Klarheit geschaffen werden kann. Es ist sehr wichtig, dass der Konzessionsvertrag sehr bald abgeschlossen werden kann. Dem Redner geht es darum, dass damit die rechtliche Situation auch retrospektiv massgeblich verbessert würde. Es geht also um das Monitoring und das Überwachen sowohl der alten als auch der neuen Kavernen. Die Überwachungspflichten werden stark erhöht, zusammen mit der Überwachungspflicht des Amts für Umwelt und Energie (AUE). Weiter haben sich sämtliche Regelungen punkto Salzabbau verschärft, die Anforderungen technischer Art sind heute deutlich höher als früher – heute kann Salz «lege artis» anders abgebaut werden, als das noch vor Jahrzehnten möglich war. Aus dem Monitoring heraus ergibt sich zudem die Aufgabe der Pflege und insbesondere der Nachsorge. Ferner ergibt sich aus dem Vertrag die Pflicht zur Nachsorge für die bereits stillgelegten Kavernen Sulz und Gross-Zinggibrunn. Eine entsprechende Sicherheitsleistung ist im Vertrag entsprechend festgehalten, was bedeutet, dass es Versicherungspflichten und Grundpfandrechte für Kosten gibt. Zudem ist sichergestellt, dass die Finanzierung der Nachsorge garantiert ist, falls es die Schweizer Salinen dereinst nicht mehr geben würde. Damit bringt ein Konzessionsvertrag auch im Verhältnis zur heutigen Diskussion sehr viele und klare Vorteile. Darum ist es auch aus kantonaler Optik wichtig, mit dem Konzessionsvertrag nun vorwärts zu machen. Und nochmals: Der Redner möchte den guten Vertrag nicht gefährden mit einer nicht enden wollenden Diskussion um die Rütihard.

Es werden heute einige Anträge diskutiert werden. Der eine Antrag möchte noch weitere Abklärungen in Auftrag geben. Davor sei eher gewarnt. Heute spricht man von einem Konzessionsgebiet und mit einem Konzessionsvertrag sagt man, dass in diesem Gebiet Salz abgebaut werden kann. Nach der Konzession über ein bestimmtes Gebiet kommt das Baubewilligungsverfahren. Dieses verlangt Sondierbohrungen und geologische und hydrologische Abklärungen über die Möglichkeit des Salzabbaus. Die Frage wird insbesondere sein, ob es einfachere Salzabbaumöglichkeiten innerhalb des Konzessionsgebiets gibt, als das in der Rütihard, in Gross-Zinggibrunn oder Sulz der Fall ist. Dazu ist zu sagen: Ja, die wird es geben. Mit anderen Worten: Ein Konzessionsgebiet als solches besagt nur, wo eine Möglichkeit zum Salzabbau besteht. Danach kommt das Baubewilligungsverfahren, in dessen Rahmen Umweltverträglichkeitsprüfungen, Sondierbohrungen, seismische, hydrologische und geologische Untersuchungen etc. stattfinden. Und nicht bereits bei der Konzessionserteilung. Man könnte nun meinen, dass man das schon immer so gemacht habe. Aber die Rütihard ist eben doch ein Spezialfall. Dort geht es ebenfalls um die Konzession, die Ausgangslage ist jedoch eine ganz andere, weil dort – v.a. in Sulz, Gross-Zinggibrunn – Ereignisse aufgetreten sind. Dort wurden auch die intensiven Abklärungen vorgenommen. Wenn nun aber immer intensivere Abklärungen gemacht werden, bevor überhaupt eine Konzession erteilt wird, wird das Prinzip der Konzession unterlaufen. Dann kann man gar nie mehr eine vergeben, weil man permanent am Überprüfen ist. Das ist aber nicht Sinn und Zweck des Konzessionsverfahrens. Deshalb bittet der Redner, vorsichtig mit weiteren Anträgen zu sein, weil sonst die Situation ungewollt blockiert würde.

Falls ein Antrag kommt, bittet der Regierungsrat, diesen abzulehnen. Der Landrat ist gebeten, dem Antrag gemäss Regierungsrat zuzustimmen, denn dieser ist abgestimmt mit den Schweizer Salinen. Wichtig ist, dass eine Perspektive für das Unternehmen, aber auch Klarheit für die Bewohnerinnen und Bewohner von Muttenz, geschaffen wird.

– *Eintretensdebatte*

Im Jahr 2017, erinnert **Roger Boerlin** (SP), sei es im Gebiet Sulz zu einer Salzfontäne gekommen, die für grosse Aufmerksamkeit gesorgt habe. Als zuständiger Gemeinderat für Umwelt und Sicherheit war er damals einer der Ersten vor Ort. Er erinnert sich noch gut daran, dass sowohl Fachleute des Kantons wie auch der Salinen völlig überrascht waren und hektisch nach Erklärungen suchten. Der Vorfall geschah, bevor die Rütihard überhaupt ein Thema war. Aber schon damals beschäftigte und beunruhigte der Vorfall in der Gemeinde Muttenz die Bevölkerung und es stellten sich viele Fragen. Was geht da bei ihnen im Untergrund vor sich? Wie stabil sind die Kavernen? Es gibt in Sulz und Gross-Zinggibrunn eine stattliche Anzahl Kavernen, und jede hat in etwa das Volumen der Fachhochschule Nordwestschweiz in Muttenz. Einer der Geologen und Mitglied des Gemeindeführungsstabs äusserte schon damals die Vermutung, dass es in den Kavernen zu einem Teilverbruch kam und sich die Kavernen untereinander unkontrolliert zu verbinden begannen. Heute weiss man, dass viele Kavernen von Sulz und Gross-Zinggibrunn von ihrer geplanten Form abwichen und ihr Volumen veränderten, wie die Salinen kürzlich durch ihre Kontrollmessungen festgestellt hatte. Man muss ihr aber guthalten, dass sie die geologische Situation im Adlerhofgewölbe – das sich bis auf die Rütihard erstreckt – heute kritischer beurteilt als noch 2017. Dass die Saline jetzt selber zum Schluss kommt, dass deshalb die Salzbohrungen auf der Rütihard nicht ohne Risiko sind und auch eine Grundwassergefährdung nicht ganz ausgeschlossen ist, spricht für eine selbstkritische Haltung.

Die SP-Fraktion unterstützt die Rückweisung an den Regierungsrat mit dem Ziel, den Konzessionsvertrag neu zu überarbeiten, die Rütihard ganz aus dem Konzessionsvertrag gemäss § 2 zu entfernen und die Frage der Haftung zu klären. Persönlich ist Roger Boerlin überzeugt, dass viele Bewohnerinnen und Bewohner von Muttenz erleichtert sein werden, wenn die Rütihard nicht mehr ein Teil des Konzessionsgebiets ist.

Andi Trüssel (SVP) möchte ein paar Worte zur Versorgungssicherheit des Salzes sagen. Die SVP-Fraktion ist nicht für den Rückzug der Sistierung, möchte aber einen Änderungsantrag beliebt machen, damit es keine Zeitverzögerung gibt, falls noch weitere Untersuchungen nötig wären. Zur Geschichte der Salinen: Die meisten wissen, dass Herr Glenck mit dem letzten Sack Geld in Schweizerhalle Salz gefunden hatte. Dies hatte zur Folge, dass der Kanton Basel-Landschaft wegen dem Salzmonopol 60 Jahre lang keine Steuern zahlen musste. Das waren noch Zeiten, Herr Regierungsrat Lauber! Hier geht es um die Versorgungssicherheit des Kantons und der Schweiz. Die Muttenzer werden sehr ernst genommen, auch die geologischen Untersuchungen und Ableitungen daraus. Die SVP-Fraktion ist aber klar der Meinung, dass man die Rütihard und die 4 Millionen Kubikmeter Salz, die aktuell einen Wert von CHF 1 Mrd. haben, nicht einfach telquel aus dem Konzessionsgebiet rausnehmen sollte. Damit wird eine Pandorabüchse geöffnet. Man hat mitbekommen, dass es dazu einen Antrag der SP geben wird. Man kann sicher sein, dass man z. B. im Schlössli in Frenkendorf abwinken wird, wenn dort gesolt werden sollte, mit dem Hinweis, dass man ja auch die Rütihard rausgenommen habe. Die SVP-Fraktion ist klar der Meinung, dass es möglich sein muss, dass die Rütihard im Vertrag bleiben kann, aber 20 Jahre nicht angefasst werden darf, mit Blick darauf, dass es in 20 Jahren Technologien und Möglichkeiten an Monitoring und Überwachung geben wird, die einen Abbau wieder erlauben. In Präsentationen für die UEK und FIK konnte man hören, wo bisher die Fehler lagen, was von der Saline zugegeben wurde. Es wurde nämlich zu viel gesolt; anstatt die letzten 10 Meter von oben, bis wieder der Boden erreicht wurde, der kein Salz beinhaltet, wurde mehr ausgesolt. Deshalb kam es zu den Verbrüchen und der Vergrößerung der Kavernen. Es gilt, technologieoffen zu bleiben, die Möglichkeiten und den Silberschatz unter unseren Füßen nicht zu verbauen, mit dem Effekt, dass man damit eine Pandorabüchse öffnet.

Peter Hartmann (Grüne) möchte sich in Namen der Grüne/EVP-Fraktion zuallererst beim Kanton, aber auch bei den Salinen, bedanken für die transparente und umfangreiche Information, die mit dem Überweisungsschreiben an den Landrat zugestellt wurde. Diese ist auch online aufgeschaltet. Regierungsrat Anton Lauber hat erwähnt, dass es um die 1'000 Seiten sind, er selber hat total 932 Seiten an Berichten, Plänen und Bauprofilen gezählt. Die Forderungen seiner Fraktion bezüglich der Untersuchungen wurden erfüllt. Leider sind die Ergebnisse der durchgeführten Untersuchungen ernüchternd, und die Aussagen müssen allen zu denken geben. Im ehemaligen Solgebiet Sulz sind die Kavernen in einem schwer zu kontrollierenden Zustand. Das Gebiet gilt als Störfall. Im derzeit aktiven Solgebiet Gross-Zinggibrunn gelten einige Kavernen als Störfall. Der schlechte Zustand ist primär auf die Missachtung eigener betrieblicher Vorgaben und auf technische Probleme der Salinen zurückzuführen, aber auch auf die komplexen geologischen Verhältnisse, denen nicht in angemessener Art und Weise Rechnung getragen wurden. Leider sind damit auch die Befürchtungen wahr geworden, und das obwohl die Salinen noch 2019 im Newsletter behauptet hatten: «Wenn wir von der Sicherheit nicht restlos überzeugt wären, würden wir nie ein Bohrloch zur Salzgewinnung absenken.» Weiter teilte die Salinen der besorgten Bevölkerung mit: «Wir haben heute unglaublich präzise Geräte, mit deren Hilfe wir genau kontrollieren können, was vor, während und nach der Salzgewinnung geschieht.» Eigentlich hätten die Salinen vorgewarnt sein müssen. Spätestens nach dem ungewohnten Salzgeysir von 2017. Aber auch 2018 erschien in der damaligen «Schweiz am Sonntag» ein doppelseitiger Bericht mit dem Titel: «Nur wenige wissen, welche Risiken der Salzabbau birgt». Zitiert wurde damals der renommierte Geologieprofessor Peter Huggenberger. Und weil die Rütihard-Diskussion damals das Potential hatte, die Bevölkerung zu spalten, rief der Gemeinderat von Muttenz zusammen mit dem Bürgerrat und den Salinen einen Dialogprozess ins Leben. An einer dieser ersten Sitzungen konnte die Dialoggruppe, an der die Grünen Muttenz und die Grünen Baselland von Anfang an dabei waren, aus zwei Experten einen auswählen – und das war Prof. Dr. Löw von der ETH Zürich. Dieser Professor war ein Glücksfall für alle, auch für die Salinen. Denn mit seinem Wissen, seiner Erfahrung und seinem Team schaute er ganz genau hin, benannte Defizite und Fehler und wurde dann sogar zum Berater der Salinen. Soweit ein kurzer, persönlich gefärbter Rückblick.

Heute muss man aber auch vorwärts schauen, was Toni Lauber bereits getan hat. Die Grüne/EVP-Fraktion ist der Ansicht, dass das sistierte Geschäft dem Regierungsrat zurückgewiesen werden soll, so wie es der Regierungsrat selber vorschlägt. Die Grüne/EVP-Fraktion erachtet es als richtig, dass die Konzessionsdauer von 50 Jahren überprüft und evtl. verkürzt wird, dass Themen der Haftung, des Unterhalts, der Überwachung und der Nachsorge nochmals überprüft und wenn nötig angepasst werden. Und auch, dass die Rütihard aus dem Konzessionsgebiet entfernt wird. Denn die geologischen und hydrogeologischen Verhältnisse unter der Rütihard sind ebenso komplex wie in Sulz und Gross-Zinggibrunn, was die Untersuchungen ergeben haben. Zudem liegt die Rütihard sehr viel näher am Siedlungsgebiet als die bisherigen Solgebiete. In Muttenz gibt es bereits heute Geländeabsenkungen und Dolinen, vermutlich durch natürliche Subrosion bedingt. Wichtig ist für die Grünen vor allem, was im Vertrag geregelt wird. Darüber lässt sich eigentlich erst reden, wenn man dem Regierungsrat wieder Grünes Licht gibt, um weiterzuarbeiten.

Bezüglich der Rütihard glaubt der Votant, dass es wichtig ist, Planungssicherheit für die Salinen zu schaffen. Wird die Rütihard nicht entfernt, ist klar, dass Unsicherheiten bestehen bleiben. Es bleiben politische Unsicherheiten ebenso wie solche bezüglich der Erteilung einer Baubewilligung, es bleiben Unsicherheiten bezüglich der Zustimmung einer Bürgergemeinde, und schliesslich die Beschwerde gegenüber erteilten Bewilligungen. Dabei ist nicht zuletzt an Organisationen zu denken, die mit dem Verbandsbeschwerderecht bereits gedroht oder mindestens – vor zwei Jahren – als Option erwähnt haben. Was bedeuten allfällige weitere Anträge? Das findet die Grüne/EVP-

Fraktion eher schwierig, denn es handelt sich um Gebiete, die noch nicht so genau angeschaut wurden. Wenn ein Antrag kommt, kann das bedeuten, dass man auch alle anderen Gebiete anschauen soll. Seine Fraktion ist deshalb klar der Meinung, dass die Vorlage unverändert überwiesen und damit dem Regierungsrat die Aufgabe gegeben wird, weiterzuarbeiten.

Alain Bai (FDP) dankt seinen Vorrednern für die interessanten Ausführungen rund um das lokale Geschehen zur Rütihard. Er kann sich damit wesentlich kürzer halten. Dank auch an Regierungsrat Anton Lauber für seine weitergehenden Ausführungen, die über den Kanton hinaus und bis zu den Rheinsalinen geführt haben.

Ein Dank gilt den Rheinsalinen, die im letzten Jahr eine sehr umfassende Untersuchung eingeleitet haben, die möglich macht, dass heute ein politischer Entscheid gefällt und letztlich über das weitere Vorgehen bezüglich Konzessionsvertrag befunden werden kann. Des Weiteren sei dem Regierungsrat für die Vorlage gedankt. Die FDP-Fraktion glaubt, dass er damit in mehrerer Hinsicht die Verantwortung übernimmt: Eine Verantwortung gegenüber der lokalen Bevölkerung, denn es gibt verschiedene Problematiken in Bezug auf die Rütihard und den Solgebieten Gross-Zinggibrunn und Sulz, wobei es der lokalen Bevölkerung gerecht wird, wenn im Vertrag die Nachsorge- und Untersuchungspflichten verbessert und vertiefter geregelt werden. Der Regierungsrat übernimmt aber auch die Verantwortung gegenüber dem Kanton, der letztlich sowohl Eigner der Rheinsalinen (zusammen mit allen anderen Kantonen und Liechtenstein) als auch der Aufsichtsbehörde ist und somit einen Beitrag leistet zur Versorgungssicherheit der ganzen Schweiz mit Salz. Das Ziel, und das muss oberste Priorität sein, ist, dass per 1.1.2026 der Konzessionsvertrag steht und im Basbiet weiterhin Salz abgebaut werden kann. Letztlich übernimmt der Regierungsrat auch die Verantwortung gegenüber dem Unternehmen Rheinsalinen. Wie gehört gibt es gewisse geologische und hydrogeologische Unsicherheiten in Bezug auf die Rütihard. Der Planungshorizont geht weit über 2026 hinaus, deshalb wäre es auch eine Botschaft an die Rheinsalinen, ihre betriebswirtschaftliche Ausrichtung nicht mehr auf die Rütihard zu fokussieren, sondern andere Gebiete, die es im Konzessionsgebiet noch gibt, weiterzuverfolgen.

In dem Sinn begrüsst die FDP-Fraktion auf Grundlage der teilweise beunruhigenden Untersuchungsergebnisse sehr, dass die Überwachungs- und Nachsorgepflichten besser geregelt werden. Denn eines ist klar: Die Solfelder Gross-Zinggibrunn und Sulz müssen über die nächsten Jahrzehnte eng überwacht und begleitet werden. Es ist der lokalen Bevölkerung ein Anliegen, dem auch der Regierungsrat gerecht wird, dass auch die Haftungsfragen noch besser und weiter geklärt werden können. Somit kam die FDP-Fraktion zum Schluss, dass es im Interesse aller ist – des Kantons, der Bevölkerung sowie der Rheinsalinen – wenn die Rütihard aus dem Konzessionsgebiet rausgenommen wird. Denn das oberste Ziel ist es, per 1.1.2026 einen Konzessionsvertrag zu haben. Es ist kaum anzunehmen, dass dieser im Landrat verabschiedet werden kann, wenn die Rütihard weiter darin enthalten ist und dann auch die zum Teil kommunalen Hürden überschritten werden müssen. Das wird bis 2026 kaum möglich sein. Es ist aber kaum anzunehmen, dass dadurch die Versorgungssicherheit der Schweiz gefährdet ist. Es gibt wie gesagt andere Gebiete im Kanton, die sich zur Förderung eignen. Es gibt zudem einen Konzessionsvertrag der Rheinsalinen mit dem Kanton Aargau, der neu verlängert wurde. Man ist also auf absehbare Zeit mit Salz versorgt. Wenn dann eine nächste Generation wieder an unserer Stelle steht und es darum geht, den Konzessionsvertrag zu verlängern, lässt sich die Diskussion auf Grundlage neuer Abklärungen wieder führen. Heute wäre jedoch der falsche Zeitpunkt, den Konzessionsvertrag zu gefährden, indem die Risiken, die die Rütihard bietet, nicht ernst genommen werden. Die FDP-Fraktion wird der Regierungsvorlage unverändert zustimmen und allfällige Änderungsanträge grundsätzlich ablehnen.

Franz Meyer (Die Mitte) möchte namens der Mitte/glp-Fraktion der Verwaltung und der Salinen AG für die sehr umfangreichen Informationen danken. Sehr hilfreich waren auch die Zusatzinfor-

mationen von Regierungsrat Lauber, der nochmals klargemacht hatte, was die übergeordneten Ziele sind. Es geht heute darum, die Sistierung der Vorlage aufzuheben und die Vorlage zur Neuverhandlung wieder dem Regierungsrat zu überweisen. Aus den Gebieten Sulz, Gross-Zinggibrunn und Rütihard liegen mittlerweile sehr, sehr umfangreiche geologische Gutachten vor. Diese sollen bei der Neuverhandlung berücksichtigt werden. Die Haltung der Mitte/glp-Fraktion deckt sich fast zu 100 % mit jener der Grünen und der FDP. Man ist der Meinung, dass der Antrag der Regierung der richtige ist und er wird einstimmig von der Fraktion unterstützt. Alle anderen Anträge werden abgelehnt. Man hat gehört, es macht im Moment keinen Sinn, die Rütihard drin zu behalten, deshalb ist die Mitte/glp-Fraktion der Meinung, dass sie rausgenommen werden soll. Wenn es in 30, 40 Jahren andere Verfahren gibt, lässt sich wieder darüber diskutieren, ob man diese Gebiete wieder integrieren möchte. Zum jetzigen Zeitpunkt jedoch macht das sicher keinen Sinn. Die Anträge der SP gehen viel zu weit. Sie wollen bereits Detailabklärungen für jedes Gebiet in Auftrag geben, was die Konzessionsverlängerung ganz klar gefährden würde. Dies ist zum jetzigen Zeitpunkt sicher nicht zielführend. Der Regierungsvorlage wird somit einstimmig zugestimmt.

Urs Kaufmann (SP) sagt, dass die neuen Erkenntnisse zu den Untersuchungen der heutigen Bohrungen und Kavernen im Bereich Zinggibrunn und Sulz zeigen, dass der Salzabbau nördlich des Gempens doch deutlich schwieriger ist, als man bisher gedacht hatte. In der Landratsvorlage steht deshalb auch: «Sicher ist, dass den geologischen Verhältnissen bisher nicht in angemessener Art und Weise Rechnung getragen wurde». Es wird auch speziell auf das geologische Gebiet des westlichen Adlerhofgewölbes im Gempengebiet hingewiesen, wo man genau hinschauen soll, ob dort ein Salzabbau möglich ist. Deshalb schreibt der Regierungsrat in der Landratsvorlage: «Der Regierungsrat will weiter das heutige Konzessionsgebiet prüfen». Urs Kaufmann vermisst jedoch den Prüfauftrag im Landratsbeschluss, dass aufgrund der neuesten Erkenntnisse im geologisch schwierigen Gebiet beim Gempen hingeschaut wird, und man dort nicht schon alleine aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse zum Schluss kommt, dass das Gebiet nicht das Richtige ist und man es aus dem Konzessionsgebiet rausnehmen könne. Deshalb hat er einen Antrag auf einen expliziten Prüfauftrag für das geologisch und topografisch sehr anspruchsvolle, schwierige Gebiet im Bereich Gempen gestellt und den Fraktionen zugestellt.

Chlosterchöpfli, Sulzchopf, Schauenburgflue, Neu Schauenburg, Ättenberg und Röseren befinden sich in einem geologisch top anspruchsvollen Gebiet, ebenso topografisch extrem anspruchsvoll mit steilen Hängen und tiefen Tälern, weshalb es aus wirtschaftlicher Sicht ganz schwierig ist, dort jemals einen Salzabbau zu betreiben. Das ganze Gebiet ist bewaldet, ein grosser Teil des Waldes ist Naturschutzgebiet, was ebenfalls erschwerend ist. Die Gemeinde Frenkendorf betreibt nicht weit südlich davon eine Trinkwasserquelle, aus der ein Drittel der Trinkwasserversorgung stammt. Auch hier gibt es eine gewisse Nähe und eine mögliche Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung der Gemeinde Frenkendorf. Es ist wichtig, dass die Konzession jetzt aufgrund der neuen Erkenntnisse nochmals überdenkt wird und man vor allem dort, wo es geologisch und topografisch ganz schwierig ist, nochmals ganz genau hinschaut und prüft, ob man nicht heute schon aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse sagen kann, dass es keinen Sinn macht und die Gebiete im Bereich Gempen rausgenommen werden sollen. Es ist kein Antrag, dies jetzt schon explizit rauszustreichen, sondern ein reiner Prüfantrag. Man sollte nicht einfach zuwarten, wie Toni dies gesagt hatte, bis dann mal eine Baubewilligung vorliegt, nur um dann die ganzen Diskussionen wieder loszutreten. Es wäre zu wünschen, der Widerstand gegen die Ergänzung des Landratsbeschlusses würde nochmals hinterfragt, um dem Regierungsrat für das anspruchsvolle Gebiet einen Prüfauftrag zu geben. Es kann sehr wohl sein, dass dann der Regierungsrat zum Schluss kommt, es sei jetzt noch zu früh, um abschliessend beurteilen zu können, weshalb man es noch im Konzessionsgebiet behalten möchte. Es ist allerdings eher zu erwarten, dass der Regierungsrat aufgrund der bestehenden Erkenntnisse zum Schluss kommt, dass man nicht mehr weiter zu träumen

braucht, sondern das Gebiet gleich rausstreichen kann, um sich stattdessen auf andere Gebiete zu konzentrieren, in denen sich heute und in Zukunft noch – mit viel Untersuchungsaufwand – Salzabbau betrieben lässt.

Simon Oberbeck (Die Mitte) sagt, bei diesem Thema habe niemand einen Schönheitspreis verdient. Das ist wohl allen klar. Es sind aber Offenheit und Kritikfähigkeit zu spüren. Das muss man lobend erwähnen. Es gab in den letzten Jahren Widerstand, eine genaue Prüfung, einen Teilverbruch – aber auch die Bereitschaft, hinzustehen und die Rütihard aus dem Konzessionsgebiet zu nehmen. Wenn man jetzt die beiden Anträge von SVP und SP vor sich hat, so decken sie das gesamte Spektrum ab. Einerseits wird nach der ganzen Hand gegriffen, wenn man den kleinen Finger gibt – indem neben der Rütihard auch andere Gebiete aus dem Konzessionsgebiet genommen werden sollen. Andererseits will der SVP-Antrag die Rütihard-Frage nochmals und nochmals geprüft haben. Damit erreicht man aber leider das Gegenteil: Wenn man beide Optionen weiterhin im Prüfauftrag drin hat, schwindet die Planungssicherheit, die das Unternehmen Salinen AG für die Zukunft braucht.

Der Redner hat sich früher dafür stark gemacht, dass man die Rütihard ergebnisoffen weiter prüft. Nun aber gibt es die Erkenntnisse. Dann muss man eben hinstehen können und sagen: Jawohl, es ist vermutlich richtig, die Rütihard aus dem Konzessionsgebiet zu nehmen – damit der Landrat dem Finanzdirektor für die Konzessionsverhandlungen klare Vorgaben erteilen kann; damit ein guter neuer Konzessionsvertrag aufgesetzt werden kann. Man hat auch nicht ewig Zeit. In zwei Jahren – das ist quasi morgen – muss der neue Vertrag stehen. Eine Verzögerung ist bereits eingetreten. Weitere Prüfaufträge zu erteilen, macht wirklich keinen Sinn. Man muss weiter gehen. Wenn aber auf beiden Seiten alles in Frage gestellt wird, kommt irgendwann der Ausruf: Rettet das Baselbieter Salz! Ohne Planungssicherheit und ohne Gebiete, in denen man in Baselland Salz fördern kann, muss man fragen, was das Unternehmen hier noch macht. Es ist wichtig, dass man zusammen vorwärts geht. Es ist gut, dass die Salinen hier sind. Andi Trüssel hat geschildert, wie die ganze Geschichte früher war. Man muss aber weiter Planungssicherheit geben, damit die Salinen hier bleiben – und weiterhin gute Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Die SVP steht eigentlich geschlossen hinter dem Antrag des Regierungsrats, sagt **Peter Riebli** (SVP). Es ist gut, dass der Regierungsrat die Überwachung dieser Verbrüche verstärken will – und dass er allgemeine geologische Untersuchungen verlangen will, wenn es um künftige Abbaugesuche geht. Es ist exzellent, dass die Haftungsfrage besser geregelt wird – auch über eine allfällige Lebensdauer der Salinen hinaus. Es wurde eine hervorragende Arbeit geleistet. Dennoch sollen die mehrmals gemachten Danksagungen an Verwaltung und Regierungsrat nicht wiederholt werden. Die SVP hat aber Angst vor dem Präjudiz, das geschaffen wird, indem man die Rütihard herausnimmt. Man hat gesehen, was passiert. Kaum gibt man den kleinen Finger – Simon Oberbeck hat es sehr schön gesagt – wird versucht, die ganze Hand zu ergreifen. Das kann es nicht sein. Auch die SVP will nicht, dass die Rütihard in den nächsten Jahren erschlossen wird. Wenn man sie jetzt aber herauslöst, wird man sie nie mehr hineinnehmen können. Da darf man sich nichts vormachen. Heute haben die Bodenschätze einen Wert von CHF 1 Mrd. Das Familiensilber des Kantons wird auf Nimmerwiedersehen weggegeben. Das ist, als würde man heute beschliessen, in Zukunft keine Gewinnausschüttung der Nationalbank mehr entgegen zu nehmen – weil man denkt, man brauche dies ja sowieso nicht. Genau so lässt man die Bodenschätze im Boden. Die SVP will auch keine weiteren Untersuchungen in der Rütihard (dies an Simon Oberbeck). Sie will nur, dass das Gebiet in der Konzession bleibt – mit der Sperrklausel, dass es 20 Jahre lang nicht angefasst wird. Falls man dann technologische Fortschritte erkennen kann, soll man seriöse Abklärungen treffen, ob ein weiterer Abbau möglich ist – ohne das jetzige Risiko. Die geologischen Untersuchungen werden in keiner Weise angezweifelt. Sie sind korrekt – mit dem Stand des heutigen Wissens. Wer aber weiss, welches Wissen man in 20 Jahren haben wird? Die Bodenschätze sol-

len darum heute nicht für immer vergeben werden, indem das Konzessionsgebiet verkleinert wird. Es soll in der Konzession eine Sperrklausel geben. Wenn man in 20 Jahren immer noch keine technische Lösung hat, kann das nochmals um 20 Jahre verlängert bzw. diskutiert werden. Es kann aber nicht sein, dass man heute entscheidet, die Milliarde auf immer und ewig im Boden zu lassen.

Anita Biedert (SVP) ergreift das Wort als Einzelsprecherin und als Einwohnerin und Bürgerin von Muttenz – aber auch als Mitglied des Gremiums, in dem auch Peter Hartmann Einsatz hatte. Die Rednerin war gegen die IG Rütihard. Sie war der Meinung, man solle weiter Salz abbauen. Denn die Versorgungssicherheit ist eine grosse Thematik. Im Lauf des Prozesses gab es sehr viele Untersuchungen. Sie sind glaubhaft, weil sie sehr umfangreich waren. Die Rednerin ist zwar nicht vom Fach. Was Professor Löw aber vorlegte, wurde als Belehrung gerne angenommen. Die Tatsache, dass auch die Salinen Professor Löw kontaktiert haben, zeigt, dass sie ein grosses Gewicht auf seine Ergebnisse, sein Wissen und sein Können gelegt haben. Die Rednerin hat sich im ganzen Prozess immer auch die für die Bevölkerung eingesetzt, die weiterhin einen Salzabbau wollte. Nun kommen aber die Erkenntnisse, es sei zu gefährlich und es gebe Einbrüche. Als Anwohnerin konnte die Rednerin dies selber erleben. Aufgrund der äusserst aufwändigen Untersuchungen durch ausgewiesene Spezialisten und die resultierenden Ergebnisse, aber auch aufgrund des Umstands, dass die Salinen die Ergebnisse vollumfänglich anerkennen, ist die Rednerin persönlich dazu gekommen, dass es nicht mehr als vernünftig ist, den Ergebnissen der Untersuchungen Respekt zu zollen (man darf auch gescheitert werden). Die Rednerin hat nicht die Seite oder die Meinung gewechselt. Man muss aber der Wissenschaft glauben. Es erscheint vernünftig, der Regierung beizupflichten und sie zu unterstützen. Die Argumente von Peter Riebli wie auch von vielen Parteikollegen sind zu verstehen (es wurde währschaft über das Thema diskutiert). Die Rednerin ist aber der Meinung, dass es an der nächsten Generation ist, das Gebiet wieder aufzunehmen, sollten die Geologie oder die Verfahren zum Salzabbau sich bis dann ändern. Die ganze Welt ist einer starken Dynamik unterworfen (Klima etc.). Ein Abbau könnte also in Zukunft möglich sein. Die Rednerin ist in dieser Frage nicht skeptisch und sagt, man bekomme das Gebiet nie mehr in die Konzession. Die Rednerin unterstützt die Regierung als Einzelsprecherin.

Rolf Blatter (FDP) redet ebenfalls als Einzelsprecher und schickt voraus, dass er mit praktisch allem einhergehen kann, was gesagt wurde. Die Argumente sind in sich alle schlüssig. Trotzdem hat der Redner gewisse Sympathien für den SVP-Antrag, notabene wegen der Einmaligkeit der Geschichte: Wenn man jetzt beschliessen würde, die Rütihard aus dem Konzessionsgebiet zu nehmen, ist sie für immer draussen – sie kommt nie mehr zurück. Dies schafft, wie Peter Riebli es gesagt hat, ein gewisses Präjudiz. Man hat es von Urs Kaufmann gehört: Wenn Bedenken irgendwelcher Art bestehen, werden die Kräfte bald zu wirken beginnen, weitere Gebiete zu entfernen. Während der letzten Eiszeit kam das Salz mit dem Meerwasser in die Region; das Wasser ging wieder zurück, das Salz ist geblieben. Salz gibt es in signifikanter Menge auch unter der Stadt Liestal. Dort müsste man aber bergmännisch vorgehen, um es abzubauen. Da ist zwar technisch machbar, aber nicht bezahlbar. Andere Gebiete sind nicht unbedingt im Gebiet Gempen-Nord, sondern eher bei Arisdorf. Dort könne man entscheiden, man fahre mit der Druckleitung nach der Saline Ryburg-Möhlin oder nach Schweizerhalle; aber immer noch in die bestehenden Anlagen. Wenn dort ebenfalls Widerstand aufkommt, wird es auch an diesen Orten schwierig. Die Konstellation erinnert an die Diskussion um die Deponiestandorte. Mit einigermaßen wissenschaftlichen Methoden wurde abgeklärt, wo man Deponien bauen kann. Nach zehn Jahren Abklärung hiess es, dass es in Zwingen/Blauen einen geeigneten Standort gebe, der für grosse Volumen während zehn oder 15 Jahren Raum bieten könnte. In letzter Minute beginnt die lokale Bevölkerung mit Leintüchern Stimmung zu machen – und am Schluss heisst es in der Volksabstimmung: Nein, das wollen wir nicht. Beim Salz wird es genau gleich sein. Jeder hat jeden Tag Salz in

irgendeiner Form auf dem Tisch. Die Versorgungssicherheit ist ganz wichtig. Was aber passiert, wenn man in Baselland aufgrund von politischen Schwierigkeiten und Gegnern am Ende des La-teins ist? Es gibt ja weitere Salzvorkommen, die aber nicht in Baselland sind. Es gibt grosse Vor-kommen in der Ajoie. Dann aber sind die Schweizerischen Salinen weg. Das Headquarter und die Geldquelle wären nicht mehr hier, sondern im Jura. Das sollte der Landrat in der Beurteilung des Vorschlags, der auf dem Tisch liegt, ebenfalls berücksichtigen. Mit der Formulierung des Antrags vergibt man sich gar nichts. Der Redner will dafür stimmen (vielleicht als einziger der Fraktion). Auch die halbwegs militante Ankündigung, dass es über das Verbandsbeschwerderecht Wider-stand geben würde, ist demokratiepolitisch nicht ganz sauber. Allschwil hat den Flughafen, Birsfel-den hat den Hafen, Pratteln hat die Autobahn und die Industrie, Waldenburg hat hohe Steuern, Muttenz hat das Salz – jeder hat etwas zu tragen. Jeder will Strom, aber das Kraftwerk soll an-derswo stehen. Jeder will die 5G-Technologie für ein schnelles Handy – aber die Antenne soll an-derswo stehen. Beim Salz ist man am genau gleichen Punkt. Die Haltung «not in my backyard» ist nicht fair.

Saskia Schenker (FDP) redet für die Mehrheit der FDP-Fraktion. Der SVP-Fraktion soll insbeson-dere gesagt werden, dass es im Moment spezifisch um das Thema Vertrauen geht – und um die Wiederherstellung von Vertrauen. Als Kantonalparteipräsidentin war die Rednerin ebenfalls in der Zwickmühle: Sie glaubte den Gutachten, Studien und Beteuerungen der Salinen, als die Muttenzer Sektion die Sicherheit im Gebiet Rütihard bereits sehr stark in Frage gestellt hat. Heute muss die Rednerin sagen: Danke, liebe Kolleginnen und Kollegen aus Muttenz, dass ihr so hartnäckig ge-blieben seid. Die Salinen – das darf man bei allem Dank, den man für die transparente Grundlage gehört hat – haben den Job in den letzten Jahren nicht gemacht. Es wäre zu erwarten gewesen, dass die Salinen in den letzten Jahren, als schon viele Studien angeschaut wurden, viel kritischer auftreten. Sie hätten die Dinge viel früher hinterfragen müssen, damit die Landrätinnen und Land-räte darauf vertrauen können, was sie vorgelegt erhalten. Wenn man im Bericht liest, dass «der schlechte Zustand der Kavernen primär auf einer Missachtung eigener betrieblicher Vorgaben der Salinen AG und auf technische Probleme zurückzuführen sind», hat man ein echtes Thema. Man muss aber gemeinsam das Ziel haben, dass die Salinen das Vertrauen möglichst schnell wieder herstellen können – und dass sie hoffentlich für viele Jahre zeigen können, dass man lokal und regional sicher weiter Salz abbauen kann. Das will die FDP überhaupt nicht in Frage stellen. Wenn es aber ein Gebiet gibt, bei dem das Vertrauen im Eimer bzw. nicht mehr vorhanden ist, muss die Politik doch so vernünftig sein und sagen: Nein, das geht jetzt nicht. Darum hat der Regierungsrat auch klar gesagt, er wolle das Gebiet aus der Konzession nehmen und ins Gesamtvertrauen in-vestieren – damit die Salinen weiterarbeiten können. Diesem Anliegen wirkt Urs Kaufmann auch entgegen, indem er bereits beginnt, in neuen Bereichen Unsicherheit zu schüren. Genau das darf der Landrat nicht machen. Man muss Regierungsrat und Salinen in Ruhe die Arbeit machen las-sen – und man muss erwarten können, dass man in den nächsten Jahren Ruhe hat, dass man gute Grundlagen bekommt und dass drittens die Haftungsfragen und die technischen Vorgaben verstärkt werden; damit gut gearbeitet werden kann. Dann bleibt weiterhin die Möglichkeit, dass im Kanton und in der Region Salzabbau betrieben werden kann. Zuletzt noch zur Behauptung «draussen ist draussen»: Das kann man ja von beiden Seiten her behaupten. Wenn es in 20 Jahren neue Erkenntnisse, neue Sicherheiten und neue technische Möglichkeiten gibt, kann man die Diskussion auch in die andere Richtung wieder aufnehmen und das Gebiet wieder in die Konzession aufnehmen. Das wird schwer werden. Es wurde aber so viel Geschirr zerschlagen, dass man an diesem Weg gar nicht vorbei kommt. Wenn man soweit ist, muss man sich das Vertrauen erarbeiten. Das ist dann eben ein langer Weg, um die Konzession wieder anzupassen. Heute aber gibt es keinen anderen Weg.

Thomas Noack (SP) will sich zur «draussen ist draussen»-Haltung der SVP äussern. Das stimmt nach Ansicht des Redners nicht. Das Salz im Untergrund wird erhalten bleiben, es wird in dieser Zeit nicht weggeschwemmt, in der das Gebiet nicht in der Konzession ist. Es bleibt also auch einer nachfolgenden Generation erhalten, wenn das Salz jetzt nicht abgebaut wird. Der Landrat ist gut beraten, die geologischen Erkenntnisse und die Methodik der Forschung fortschreiten zu lassen – um dann in 10 der 20 Jahre nochmals zu entscheiden. Das Salz wird dann immer noch im Untergrund sein. Die kommende Generation kann es allenfalls nutzen, wenn es dann adäquat ist.

Ursula Wyss Thanei (SP) will dem Landrat eine Aussage von Professor Löw nicht vorenthalten. Die Rednerin hat ihn gefragt, wie er jetzt mit seinen heutigen Erkenntnissen neu ans Gebiet Gross-Zinggibrunn, Sulz herangehen würde – und ob er empfehlen würde, dort neu Salz zu fördern. Die Antwort war klar: Er würde dies nicht empfehlen. Dieser klaren Aussage kann man entnehmen, dass es nicht ganz trivial ist, dort Salz zu fördern. Die geologischen Verhältnisse sind relativ komplex. Es kommt sehr wohl darauf an, welches Gebiet im Konzessionsgebiet drin bleibt und welches herausgenommen wird. Deswegen unterstützt die Rednerin den Antrag von Urs Kaufmann. Man muss wirklich hinschauen. Es wird von Sicherheiten – von Planungs- und Versorgungssicherheit – gesprochen. Es muss aber auch die Sicherheit der Bevölkerung betreffend Grundwasser angesprochen werden. Salz und Wasser sind nicht einfach zu trennen – und sie können auch nicht mit hundertprozentiger Sicherheit getrennt werden. Es braucht ein genaues Hinsehen und eine Güterabwägung. Man muss alles beurteilen und alles im Auge behalten – auch die Qualität des Trinkwassers.

Katrin Joos Reimer (Grüne) schliesst an das Votum von Saskia Schenker punkto Vertrauen an: Ein Landrat, der nicht auf die wissenschaftlichen Bedenken eingeht, sondern alle wirtschaftlichen Überlegungen über das Wohl der Bevölkerung und der Umwelt stellt, hat das Vertrauen der Bevölkerung nicht verdient. Das ist der Landrat der Bevölkerung angesichts der wissenschaftlichen Erkenntnisse schuldig. Ein Landrat hat auch kein Vertrauen verdient, wenn er sich wissenschaftsresistent zeigt. Nein, man kann nicht – unschön gesagt – wursteln, wie man will. Die Vergangenheit in der Salzförderung hat es gezeigt. Also darf der Fehler doch nicht einfach weitergeschleppt werden. Es hiesse, den Teufel an die Wand zu malen (dies an Rolf Blatter), wenn man in den Raum stellt, die Salinen könnten abwandern, wenn sie das Salz anderswo suchen müssten. Wo sollen sie denn mit der ganzen Infrastruktur hingehen? Soll sie eingepackt und gezügelt werden? Was hier herumsteht, hat viel Geld gekostet – es sind ziemlich grosse Anlagen. Das ist also bloss Angstmacherei. Der Landrat ist es der Bevölkerung schuldig, das Gebiet, das sich gemäss dem heutigen Stand der Technik als nicht geeignet erwiesen hat, aus dem Nutzungsgebiet zu nehmen.

Urs Kaufmann (SP) erwidert Saskia Schenker, dass nicht er die Unsicherheit schüre – es sind die neuen Erkenntnisse, die gezeigt haben, dass nicht mehr alles so sicher ist, wie die Salinen bisher gedacht haben – und dass man nochmals über die Bücher muss (auch die angesprochene Vorrednerin hat diesen Prozess ja durchgemacht). Darum ist es ein Anliegen, dass man die aktuell vorliegenden Erkenntnisse in einem geologisch schwierigen Gebiet nochmals prüft und sich fragt, ob man jetzt schon Entscheide fällen kann. Damit ist ja keine Entnahme aus dem Konzessionsgebiet beschlossen. Es soll aber nochmals genau hingeschaut werden, was die neuesten Erkenntnisse im Bereich Gempfen bedeuten. Der SVP soll (wie es eine Parteikollegin im Fernsehen getan hat) klar gesagt werden: You dreamer you. Die Partei ist etwas träumerisch, wenn sie das Gefühl hat, dass es in 20 Jahren Technologien gibt, mit denen man das Salz der Rütihard sicher abbauen kann. Im Gebiet Sulz wird seit 1982 Salz abgebaut. Es brauchte 40 Jahre, bis endlich eine Untersuchung vorgenommen wurde, um zu schauen, was dort passiert ist. Erst nach 40 Jahren hat man erkannt, dass man nicht gescheit vorgegangen ist. Wie soll es in 20 Jahren Technologien geben, die sicher sind? Das sind Träumereien. Thomas Noack hat es zudem gesagt: Auch wenn man die

Rütihard definitiv herausnimmt und bei anderen Gebiete hinterfragt, ob sie im Konzessionsgebiet bleiben sollen – das Salz ist deswegen nicht weg. Wenn es in 50 oder 100 Jahren ganz neue Erkenntnisse gibt, die aufgrund von praktischen Erfahrungen abgesichert sind, ist das Salz immer noch vorhanden. Dann kann der Milliardeneschatz allenfalls noch gehoben werden. Im Moment aber gibt es viele Unsicherheiten – nicht wegen dem Redner, sondern ausgelöst durch die Untersuchungen. Man muss sie jetzt zur Kenntnis nehmen und das Konzessionsgebiet auf ein realistisches Gebiet einschränken (und somit fortschreiten und nicht träumen). Darum soll der Antrag des Redners unterstützt werden.

Thomas Buser (EVP) kommt ebenfalls aus Muttenz – und seine Meinung hat sich im Lauf der Zeit ebenfalls geändert. Der Redner ist sehr dankbar für die Studien, welche durch die Salinen vorgenommen wurden. Die Ergebnisse sind eindeutig und klar. Es ist positiv überraschend, dass die Salinen inzwischen bereit sind, das Gebiet Rütihard herauszulösen. Vor einem Jahr hat dies ganz anders getönt. Die Salinen sind zweitens bereit, einen viel kürzeren Konzessionsvertrag einzugehen – die Rede ist nicht mehr von 50 Jahren. Das ist sehr gut. Darum ist es ganz wichtig, dass der Landrat dem Regierungsrat das Vertrauen schenkt – damit er aufgrund der Erkenntnisse die Verhandlungen vorwärts treibt. Damit ab 1.1.2026 eine neue Konzession vorliegt. Wenn der Landrat aber dem Vorstoss zustimmt, sind grosse Verzögerungen zu befürchten. Man würde Zeit verlieren – aber nicht mehr Sicherheit gewinnen. Vor allem aber: Wenn ein neues Gebiet erschlossen werden soll, braucht es dort weitere Untersuchungen. Es braucht für jedes Bohrloch eine Baubewilligung. Der Redner ist überzeugt, dass die Salinen vorsichtiger sein werden und nicht einfach drauf los wursteln – im Wissen, dass der neue Vertrag die Nachsorgepflicht viel stärker regelt. Es liegt also im Eigeninteresse der Salinen, bei einem neuen Gebiet zuerst sorgfältige Untersuchungen vorzunehmen – damit nicht wieder das Gleiche passiert wie jetzt in Muttenz. Darum soll ein unverändertes Ja eingelegt werden, wie es der Regierungsrat vorschlägt.

Alain Bai (FDP) hat das Gefühl, die zwei im Raum stehenden Anträge würden die Versorgungssicherheit und den ganzen Konzessionsvertrag gefährden. Zum Antrag der SVP: Der politische Widerstand, der nun zwar als Leintuchaufhängen abgetan wurde, ist heute auf einem ganz anderen Stand und wird mittlerweile wissenschaftlich unterlegt. Die Gemeinde Muttenz hatte über Jahrzehnte kein Problem mit dem Salzabbau. Der politische Widerstand besteht nun wirklich auf der Grundlage von wissenschaftlichen Erkenntnissen. Wird die Rütihard beibehalten, wird der neue Konzessionsvertrag massiv gefährdet. Das gleiche gilt für den Antrag von Urs Kaufmann. Es ist unrealistisch, in den verbleibenden 1,5 Jahren all die geforderten Abklärungen zu machen. Diese würden zu einer Verzögerung des Konzessionsvertrags führen und dafür sorgen, dass per 1. Januar 2026 keine Rechtsgrundlage für den Salzabbau mehr besteht. Das Verfahren ist so, dass zuerst ein Baugesuch für eine oder mehrere Probebohrungen – je nach Grösse des Solfeldes, das erschlossen werden kann – eingereicht wird. Anschliessend gibt es Sondierungsbohrungen. Dies dauert mehrere Jahre. So lange kann mit der grundsätzlichen Verlängerung des Konzessionsvertrags nicht abgewartet werden.

Der Regierungsrat hat erstens gesagt, er überprüfe die Laufzeit des Vertrags. Mit einer verkürzten Laufzeit könnte besser auf neue Erkenntnisse reagiert werden. Die Schweizer Salinen hatten auch in der Medienmitteilung und gegenüber der Kommission angekündigt, dass bei den möglichen neuen Feldern, wo anstelle der Rütihard Salz abgebaut werden könnte, Untersuchungen durchgeführt werden. Der im Raum stehende Antrag ist entsprechend schon erfüllt, da schon vertiefte Untersuchungen gemacht werden, bevor die Salinen einen Entscheid fällen, wo als nächstes Salz abgebaut werden soll.

Der Konzessionsvertrag ab dem 1. Januar 2026 soll nicht gefährdet und die beiden Anträge aus dem Landrat sollen abgelehnt werden.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) weist auf die Pflicht zur Versorgungssicherheit hin, die sowohl für den Kanton und als auch für die Salinen besteht. Im Baselbiet gibt es zwar nicht mehr so viel Schnee, in anderen Kantonen aber schon; diese sind froh, wenn das Salz kommt. Es gibt somit eine gesamtschweizerische Optik. Weiter besteht eine Verantwortung gegenüber der Bevölkerung. Deshalb fanden intensive Abklärungen statt, insbesondere auch aufgrund der Ereignisse (Fontänen, Teilverbrüche). Heute gibt es deshalb neue Erkenntnisse, die genutzt werden sollen. Es ist nur eine Frage des Zeitpunkts. Der Regierungsrat vertritt die Meinung, dass die Konzession nun erteilt werden soll und die Erkenntnisse im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens genutzt werden sollen. Die gewonnenen Erkenntnisse sind nicht einfach verloren, sondern es wird mit ihnen gearbeitet. Zum Präjudiz: Es geht nicht nur um ein politisches Präjudiz, sondern es gibt mittlerweile über 1'000 Seiten an Gutachten zu diesem Thema. Es ist nicht möglich, ein solches Moratorium in einen solchen Konzessionsvertrag aufzunehmen. Dazu gibt es ein rechtliches Gutachten. Es fehlt eine gesetzliche Grundlage, um über eine Konzession quasi eine Restriktion einzubauen, mit der die Konzession hindurch eigentlich wieder aufgehoben wird. Zur Dauer: Die heutige Zeit ist dynamisch und alles ändert ständig. Verträge, die heute abgeschlossen werden, sind in zwei Jahren bereits veraltet. Dies gilt auch für die gesetzlichen Grundlagen. Regierungsrat Anton Lauber ist wie Saskia Schenker nicht der Meinung, dass mit der Herausnahme der Rütihard aller Tage Abend ist. Vielmehr kann zu einem späteren Zeitpunkt wieder über das Konzessionsgebiet und über Anpassungen im Konzessionsvertrag diskutiert werden. Die Zeit, in der Verträge über 50 oder 100 Jahre abgeschlossen werden konnten, ist vermutlich vorbei. Die Überprüfung einer kürzeren Vertragsdauer erscheint sinnvoll. Gibt es eine Win-win-Situation für die Versorgungssicherheit, für Mutterz, für den Kanton Basel-Landschaft und die Umwelt, dann ist dies ein guter Lösungsansatz.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Titel und Ingress

Keine Wortbegehren.

Ziffer 1

Keine Wortbegehren.

Ziffer 2

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) weist auf die Korrektur eines Schreibfehlers unter Buchstabe c hin. Es sollte «Überwachungspflichten» und nicht «Überwachungs-pflichten» heissen.

Andi Trüssel (SVP) stellt folgenden Antrag auf Änderung von Buchstabe a:

- a) *Der Regierungsrat wird beauftragt, das bisher vorgesehene Solgebiet 'Rütihard' zu überdenken und im Konzessionsgebiet zu belassen, mit einer Auflage, die Rütihard 20 Jahre ruhen zu lassen und dann erneut zu prüfen, ob eine Lösung mit den neuen Methoden in Frage kommt. Eine Konzession mit Bedingungen.*

Es wird ersichtlich, dass der Vertrag damit um keine Minute verzögert wird. Die Rütihard – das Familiensilber – soll drinbleiben, aber während 20 Jahre nicht angerührt werden können. Bei der Idee, die Rütihard im Nachhinein wieder aufzunehmen, handelt es sich um Träumereien.

://: Der Antrag von Andi Trüssel wird mit 64:21 Stimmen ohne Enthaltung abgelehnt.

Urs Kaufmann (SP) beantragt folgende Ergänzung zu Ziffer 2 Buchstabe c:

- c) *Der Regierungsrat wird beauftragt zu prüfen, inwieweit aufgrund der Erkenntnisse der Messkampagne Anpassungen notwendig sind in den Bereichen:*
- *«Haftung und Finanzierung» gemäss § 5 des Konzessionsvertrags;*
 - *«Unterhaltungspflichten» gemäss § 6 des Konzessionsvertrags; ~~und~~*
 - *«Überwachungs- und Nachsorgepflichten» gemäss § 6a des Konzessionsvertrags; und*
 - *Eignung des Konzessionsgebietes in den Gebieten Klosterchöpfl, Sulzchopf, Schauenburgflue, Neu Schauenburg, Ättenberg und Röseren zusätzlich unter Berücksichtigung der sehr anspruchsvollen topografischen und geologischen Verhältnisse sowie der Lage im Wald.*

::: Der Antrag von Urs Kaufmann wird mit 64:21 ohne Enthaltung abgelehnt.

– *Rückkommen*

Es wird kein Rückkommen verlangt.

– *Schlussabstimmung*

::: Mit 84:0 Stimmen wird dem Landratsbeschluss zugestimmt.

Landratsbeschluss

betreffend Verlängerung des Konzessionsvertrags mit der Schweizer Salinen AG – Rückweisung des Geschäfts an den Regierungsrat

vom 11. Mai 2023

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. *Die vorläufige Zurückstellung der Vorlage Nr. 2021/478 gemäss LRB 1481 vom 5. Mai 2022 wird aufgehoben.*
 2. *Die Vorlage Nr. 2021/478 wird mit folgenden Aufträgen zur Überarbeitung der Vorlage und entsprechender Neuverhandlung des Konzessionsvertrags an den Regierungsrat zurückgewiesen:*
 - a) *Der Regierungsrat wird beauftragt, das bisher vorgesehene Solgebiet 'Rütihard' aus dem Konzessionsgebiet gemäss § 2 des Konzessionsvertrags zu entfernen.*
 - b) *Der Regierungsrat wird beauftragt zu prüfen, ob die bisher vorgesehene Konzessionsdauer von fünfzig Jahren gemäss § 11 Absatz 2 Konzessionsvertrag zu verkürzen ist.*
 - c) *Der Regierungsrat wird beauftragt zu prüfen, inwieweit aufgrund der Erkenntnisse der Messkampagne Anpassungen notwendig sind in den Bereichen:*
 - *«Haftung und Finanzierung» gemäss § 5 des Konzessionsvertrags;*
 - *«Unterhaltungspflichten» gemäss § 6 des Konzessionsvertrags; und*
 - *«Überwachungs- und Nachsorgepflichten» gemäss § 6a des Konzessionsvertrags.*
-